

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Markstraße 27.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Die Gesundheitslehre und das Bäckergewerbe.

I.

Die Hygiene, die öffentliche Gesundheitspflege ist zugleich eine Wissenschaft, wie auch ein Zweig der Verwaltung. In jeder Hinsicht ist ihre Bedeutung eine hohe und nicht zuletzt von der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse gewürdigte. Wohl wurzelt die Hygiene in früherer Zeit, aber erst in den letzten Jahrzehnten beginnt sie nach Gebühr gewürdigt zu werden. England hat da Hervorragendes geleistet, das Deutsche Reich hat Englands Vorsehung in dem systematischen Bemühen zur Gesundung der Städte und Wohnungen, der Werkstätten und anderer Lebensbedingungen noch lange nicht erreicht. Erst auf der Mitte September stattgefundenen Generalversammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege wurde dies von verschiedenen Seiten zugestanden hinsichtlich der Hygiene, als auch wichtigen Gliedes staatlicher und städtischer Verwaltung. Man wird aber annehmen, daß Außerordentliches auf dem wissenschaftlichen Gebiete der Hygiene in Deutschland geleistet wurde, haben wir doch an allen Universitäten und an vielen Polytechniken Lehrstühle und Laboratorien für die Gesundheitslehre, außerdem in vielen Städten Untersuchungsämter für Nahrungsmittel und dergl., so daß man annehmen sollte, daß die Grundlage für eine sachkundige Sanitätspolitik bei uns vorliegen müßte, daß die Schädigungen, die der Gesundheit der Bevölkerung drohen, nach allen Richtungen gründlich untersucht seien. Es ist nicht daran zu rütteln, daß Deutschland Großmeister der Hygiene hervorgebracht hat, so Pettenkofer, Koch und Andere, und daß diese viele hervorragende und eifrige Schüler haben; aber ebenso sicher ist, daß die Wirksamkeit unserer gelehrten Hygieniker durch lange Zeit an bedauerlicher Einseitigkeit litt. Die großen Entdeckungen auf dem Gebiete der allerfeinsten Krankheitserreger, welche eine besondere Wissenschaft, die Bakteriologie, geschaffen hatte, führte dazu, daß alle anderen Aufgaben der Hygieniker völlig in den Hintergrund gedrängt wurden, so auch die für die Arbeiterklasse bedeutungsvollsten, die der Gewerbehygiene. Seit einigen Jahren kommt man von der einseitigen Ueberschätzung der bakteriologischen Arbeit zurück, man wendet sich wiederum, ohne dieses wichtige Gebiet zu vernachlässigen, den weiteren Aufgaben der Gesundheitswissenschaft, vor allem auch gewerbehygienischen Fragen zu.

Arg vernachlässigt war insbesondere ein wichtiges, unsere Leser vornehmlich interessierendes Gebiet, das der Hygiene der Bäckereien. Es ist dies nicht gerade verwunderlich, weil man sich nicht um die Verhältnisse der Arbeiter in den Bäckereien bekümmert hatte, denn ebenso vernachlässigt sind die Arbeits- und Lebensverhältnisse dieser anderer Arbeiterkategorien. Vom egoistischen Standpunkt der herrschenden Klassen konnte man es sich wohl erlauben, daß man gleichgültig blieb den schweren Gesundheitschädigungen der Arbeiter durch das Bleiweiß, der Arbeiter in vielen chemischen Fabriken und vieler anderer in der Gesundheitslehre Hohn sprechenden Verhältnissen produzierenden Arbeitern, denn die Produkte, die unter den für die Arbeiter ungünstigen Verhältnissen hergestellt wurden, verloren dadurch nicht an Werth und schädigten die Konsumenten nicht weiter. Ganz anders liegt es aber in der Brodbäckerei, hier waren zwar die Arbeiter die in ihrer Gesundheit, körperlichen Entwicklung und Lebensdauer am schwersten geschädigten, aber die Bedingungen, unter denen das tägliche Brod des Reichsten wie der Armen hergestellt wurde, bargen auch zahlreiche ernste Gefahren für die Konsumenten. Es mußte deshalb ein selbst kurzfristiger Egoismus der herrschenden Klassen, ohne jede Rücksicht auf die Arbeitsbiener, fordern, daß das Brod unter gesundheitlich durchaus einwandfreien Bedingungen hergestellt werde. Hierum kümmerte sich die Bäckereiarbeiterschaft und die Sozialdemokratie in Deutschland schon seit 13 Jahren, die hygienische Wissenschaft blieb aber gegenüber allen diesen Fragen gleichgültig.

Es ist ein rüchhaltiges anzuerkennendes Verdienst eines der Lehrer der Hygiene an der Münchener Universität, des Professors Emmerich, daß er endlich hierin Wandel geschaffen

hat, indem er die Fragen der Bäckereihygiene in gründlicher und rüchhaltiger Weise auf der in München im September 1902 abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zur Erörterung stellte und selbst das Beste zu dieser Erörterung beitrug.

Für die Bäckereiarbeiter ist dies von hoher Bedeutung, sie werden gut thun, sich auf die von großem Beifall begleiteten Ausführungen des Professors Dr. Emmerich bei Eingaben an Behörden, Innungen usw. zu berufen. Schon die Stelle, an der Prof. Emmerich zu Worte kam, ist hierbei nicht gleichgültig. Der Verein für öffentliche Gesundheitspflege ist eine Vereinigung der wissenschaftlichen Vertreter der Gesundheitslehre, der Medizinalbeamten des Reiches, der Einzelstaaten, der Kreise und Städte, anderer Vertreter der Staaten und Städte, so von Bürgermeistern, Stadtvorordneten, Stadtvorstehern usw. Der Verein verfolgt beide Zwecke der Hygiene, sowohl die wissenschaftlichen wie den, die Ergebnisse der hygienischen Wissenschaft der praktischen Verwertung in Staat und Gemeinde entgegenzuführen. Leider erscheint erst nach mehreren Monaten das auf Grund stenographischer Aufzeichnungen zusammengestellte Protokoll dieser Verhandlungen. Es mag sein, daß wir dann nochmals Gelegenheit nehmen, auf diese für die Bäckereiarbeiter so wichtigen Verhandlungen zurückzukommen, aber schon heute haben wir auf Grund ausführlicher Zeitungsberichte und dank der Anwesenheit eines Freundes unseres Blattes bei den Verhandlungen Gelegenheit, ausführlichen Bericht zu geben.

Professor Emmerich führte in der Hauptsache das Folgende aus:

„Man sollte meinen, das Brod würde heutzutage in gut beleuchteten, gut ventilirten, überhaupt allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Räumlichkeiten hergestellt. Es ist aber vielfach gerade das Gegenteil der Fall und selbst heute, 40 Jahre nachdem Pettenkofer die Hygiene begründet und in der Reinlichkeit in Haus und Hof das wirksamste Mittel gegen Krankheit und Tod erkannt hat, herrschen in der Bäckergewerbe noch die größten Mißstände. England hat bereits durch Parlamentsakte von 1863 die Bäckerei der Aufsicht der Staatsinspektion unterworfen und die Arbeitszeit der Bäckergesellen geregelt. In Deutschland dauerte es sehr lange, bis man sich um die Herstellung des täglichen Brodes und um die traurige Lage der im schwersten Sklavendienst physisch und geistig degenerirenden Bäckereiarbeiter kümmerte. Der 1875 gegründete Verein für öffentliche Gesundheitspflege sand eine solche Fülle von hygienischen Fragen in den Städten vor, daß dagegen gewerbehygienische Fragen zurücktraten. Wenn Redner daher heute über das Bäckergewerbe vom hygienischen Standpunkte aus spreche, so thue er es in dem niederdrückenden Bewußtsein, etwas zu sagen, was schon vor 40 Jahren hätte gesagt werden sollen, andererseits aber doch in der Hoffnung, daß man dieser wichtigen Frage durch die Diskussion in einem so großen Kreise von Fachgenossen neue Gesichtspunkte abgewinnen und diese einer befriedigenden Lösung näher bringen werde. In Deutschland sei es zunächst nicht die Gesundheitsbehörde, sondern die Sozialdemokratie gewesen, welche die ersten Erhebungen über die Zustände im deutschen Bäckergewerbe anstellte. Bei dieser Enquete zeigte sich, daß hier ein wahrer Ungiasfall auszuräumen war. Redner giebt nun an der Hand der „statistischen Erhebungen der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Hamburg 1898)“, sowie der Neben, welche darüber Bebel, Moikenshuhr u. A. im Reichstage gehalten haben, eine nähere Schilderung der theilweise geradezu grauenhaften Zustände, wie sie in den Bäckereien von Berlin, Leipzig, Hamburg usw. erhoben worden sind, zunächst bezüglich der Dauer der Arbeitszeit, die vielfach 16—20 und mehr Stunden betrug. Seit 1880 hätten sich dank dem energischen Vorgehen der Sozialdemokraten diese Zustände wesentlich verbessert, was um so notwendiger war, als die Bäckereiarbeit eine harte, menschenverwüsthende ist, für die noch dazu oft Räume angewiesen sind, die nicht einmal zum Aufenthalt von Thieren geeignet erscheinen. Die Arbeitsräume liegen

in den großen Städten vielfach in Kellern, die oft überhaupt kein Fenster und meist nur eines besitzen, das aber auch nur in den Hausflur mündet. Redner schildert an der Hand der unter dem Titel „Nothschrei der Bäckereiarbeiter Deutschlands“ veröffentlichten Erhebungen des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, weiter den unglaublichen Zustand, in welchem viele dieser Arbeitsräume angetroffen worden sind. Der Schmutz klebe oft fingerdick an den Wänden; dicht neben den Backstuben liegen häufig Abortgruben. Auch in München seien einzelne solche Fälle von Dr. Arnold konstatirt worden. Dabei herrsche in diesen Räumen eine Temperatur von 40—45 Grad Celsius, die Luft sei mit Wasserdämpfen gesättigt. Redner selbst habe in einem solchen Räume 2,4 Prozent Kohlenäure (nach den Lehren der Gesundheitslehre soll auf 1 Kubikmeter Luft nie mehr als höchstens 2 Gramm Kohlenäure kommen) konstatirt. Weiter führt Redner die Angaben der erwähnten Erhebungen über die Reinlichkeit der Arbeitsgeräte, sowie über die grauenhafte Beschaffenheit der Schlafstellen mancher Bäckergesellen an. Mit Recht habe angesichts dieser Ergebnisse der Erhebungen Bebel gefragt, ob es in der ganzen Welt einen Zustand der Sklaverei gebe, in welcher in ähnlich maßloser Weise die Arbeitskraft ausgenützt werde. Aus solchen Verhältnissen erklären sich auch die mancherlei Berufskrankheiten der Bäckergesellen, insbesondere deren Hautkrankheiten. Sehr hoch beziffert sich bei den Bäckern die Geschlechtskrankheiten, was zum Theil darin begründet ist, daß nur 7 Prozent der Bäckergesellen verheirathet sind, zum Theil in der moralischen Verwahrlosung, in welcher sich dieselben infolge der geschädigten Verhältnisse befinden, zumal bei ihnen infolge der überanstrengenden Arbeit und der sonstigen unwürdigen Lebensbedingungen alles höhere Streben und das Gefühl der Menschenwürde sehr bald erlischt. Der Bäckergeselle hat keine Zeit zu geistiger Zerstreuung oder Erbauung, er muß verjammern. Diese Zustände sind die Folge der überlangen Arbeitszeit. Man hat in Amerika chinesische Arbeiter eingeführt, weil es hieß, sie könnten 20 Stunden im Tag arbeiten. Sie thaten das auch, aber sie und ihre Wohnungen verschmutzten derart, daß sie durch Verbreitung von Infektionskrankheiten eine große Gefahr für die Städte wurden, in denen sie in größerer Zahl sich aufhielten. Von den moralischen Verhältnissen unter den Bäckergesellen könnte Redner einige drastische, selbst erlebte Fälle mittheilen, wolle aber aus begrifflichen Gründen davon absehen. Wenn nun trotzdem die Statistik für das Bäckergewerbe keine größere Sterblichkeit aufweist als für die übrige Bevölkerung, so ist zu beachten, daß sehr viele schon mit dem 25. oder 30. Lebensjahre aus dem Bäckergewerbe ausscheiden, entweder weil sie invalide geworden sind und die schwere Arbeit nicht mehr leisten können, oder weil sie heirathen. Man hat es also bei den Bäckergesellen mit Leuten im besten Lebensalter zu thun. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik erachtet es denn auch für erwiesen, daß in einem erheblichen Prozentsatz der Bäckereibetriebe die Arbeitskraft der Gesellen und Lehrlinge in einem gesundheitsgefährdeten Maße ausgenützt wird.

Für den Konsumenten unappetitlich, wenn auch nicht gefährlich, ist die monatelange Benützung der Backtücher, die oft voll Schmutz sind. In hohem Grade gefährlich für den Konsumenten ist aber, daß in vielen Betrieben nicht einmal Waschecken für die Arbeiter vorhanden sind. In München z. B. kam es in 16 Fällen vor, daß Bäcker Eimer, die zugleich zur Arbeit verwendet wurden, auch zum Waschen benutzt werden mußten. Nachdem das gebakene Brod mit Wasser aus diesem Eimer bestrichen werden muß, besteht hier die Gefahr, daß unter Umständen Typhus- und Choleraerkrankungen auf das gebakene Brod kommen. Die Verwendung von solchen Eimern zu anderen Zwecken sollte daher mit schweren Freiheitsstrafen und im Wiederholungsfall mit Vertriebsverbot geahndet werden. Wenn irgendwo, so heißt es in der Backstube: „Von der Stierne heiß, rinnen muß der Schweiß.“ Der Schweiß fließt aber hier vielfach in den Teig herab, und es ist nicht immer der Schweiß von Gesunden, sondern auch von kranken Gesellen, der hier mit verbaden wird. Die in den Backstuben vielfach anzutreffenden Käfer, Geradflügler, Ratten und

Mäuse bilden die größte Gefahr für den Konsumenten, indem sie aus den schmutzigen Wänden, den benachbarten Wörtern usw. pathogene (krankheitsverzeugende) Bakterien auf die Backwaren übertragen. In nicht den Bedürfnissen der Hygiene entsprechend erbauten und eingerichteten Städten ist das eine große Gefahr. Die Fernhaltung dieses Ungeziefers aus den Bäckereien wäre daher vor allem zu erstreben. Die hierzu nötigen Maßnahmen können auch in allen Bäckereien ausgeführt werden. Der Konsument hält die Exkremente der Schwaben, Ratten usw., die sich auf den Backwaren finden, glücklicherweise für Kohle.

Zur Beseitigung dieser schauerlichen Mißstände gebe es nach Ansicht des Redners nur ein Abhilfsmittel, nämlich die Zentralisierung der Bäckereien in den Außenbezirken der Städte, ähnlich wie dies mit durchschlagendem Erfolge und so großem Nutzen für die Gesundheit mit den Metzgereien durch Errichtung von Schlachthäusern geschehen ist. Die Stadtverwaltungen sollten an bestimmten Stellen der Peripherie die nötige Anzahl von Bäckereien errichten, die sich um einen gemeinsamen Ramin gruppieren. Hier könnten sich unsere Bürgermeister neue Vorbeeren holen. Bis dieser Gedanke durchgeführt ist, hält Redner die Einführung der von den preussischen Ministerien für Handel und Gewerbe und des Innern vorbereiteten Bestimmungen für Bäckereien und Konditoreien für notwendig, an denen er jedoch noch einige Verschärfungen befürwortet. Die Schädigung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter und Lehrlinge durch übermäßige Nacharbeit wurde immerhin wesentlich eingeschränkt, wenn auch nicht ganz beseitigt, durch die Verordnung des Bundesrats von 1896, durch welche im Allgemeinen die Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich normiert und eine tägliche achttündige Ruhepause bestimmt wurde. Wenn neuerdings der Bundesrat geneigt sein sollte, an Stelle der zwölfstündigen Arbeitszeit eine zehnstündige Ruhezeit einzuführen, so möchte Redner hiervon abrathen, weil dies gleichbedeutend wäre mit einer Erhöhung der zwölfstündigen Arbeitszeit auf vierzehn Stunden. Weiter wäre vom hygienischen Standpunkte die Abschaffung der Sonntags- und Nacharbeit energisch zu fordern. Bei Tag zu arbeiten und bei Nacht zu schlafen ist doch nur eine gerechte Forderung. Es würde dabei allerdings mit manchen Lebensgewohnheiten gebrochen werden müssen; das kann aber den Hygieniker nicht abhalten, auf Abschaffung der Nacharbeit zu bestehen. Man müßte sich dann eben morgens mit altem Schlaf begnügen. Dem Militär, das ja gerade genügende Nahrung, und diese in feinstmöglicher reichender Qualität erhält, könnte man ja vielleicht Ruchen verabreichen.

Die sporenbildenden Bakterien, um die es sich hier hauptsächlich handelt, werden ja durch die Temperatur beim Backen getödtet, aber zur Verhütung von Infektionen der fertigen Backwaren müßte ein gewisser Zwischenhandel mit dem Brode und vor allem das Anhaften des Brodes durch die Käufer strengstens verboten werden. Dergleichen Hände, die Schmutz, Fett, Petrolen, Stiefelschmäh usw. verabreichen, manipulieren jetzt vielfach auch mit dem Brode. Das Anhaften des Brodes durch die Konsumenten, indem das Brod auf das Krachen gepreßt wird, ist eine große Unflut.

Man hat von verschiedenen Seiten Pläne für Bäckereien ausgearbeitet, deren Beachtung bei der Reorganisation von größeren Betrieben sehr zu empfehlen ist. Bei uns sind aber die kleinen und die kleinsten Betriebe weitläufig in der Mehrzahl und gerade auf diese kapitalstärksten, hygienisch niedrigst stehenden Betriebe ist das Hauptaugenmerk zu richten. Man hat daher hygienische Mindestforderungen aufzustellen, die durch gezielte Zwang allen auszuführen und deren Einhaltung von den Fabrikinspektoren streng zu kontrollieren wäre. Redner schlägt: Diese Schilberungen der Zustände in den deutschen Bäckereien treffen für eine große Zahl der kleinsten, kleinen und mittleren Betriebe zu. Es gibt aber auch sehr viele Bäckereien in deutschen Städten, welche in Bezug auf Reinlichkeit allen hygienischen Anforderungen gerecht werden, und zwar nicht bloß große Bäckereien, sondern auch viele kleine und mittlere Betriebe, und es haben sich die Verhältnisse im Allgemeinen in den letzten Jahren bedeutend gebessert. Wir haben das hauptsächlich der Sozialdemokratie zu danken, die den ersten wichtigen Anstoß in diesem Urwald hygienischer Mißstände beseitigen hat.

Nachdem Prof. Cramerich unter Beifall gekniet hatte, der durch seine Betonung der Verdienste der Sozialdemokraten um die Besserung der Bäckereiverhältnisse merklich gedämpft wurde, begann die Diskussion, die aber sehr eingekengt wurde durch den Umstand, daß der Saal bald geräumt werden mußte.

Der Streit in der Brodfabrik Linden bei Hannover.

Haben wir in Nr. 40 b. Bl. berichtet, daß die dortigen 8 Mitglieder ausgespart seien, so muß heute erklärt werden, daß man uns hierin falsch unterrichtet hatte (dabei werden wir immer wieder berichten, wenn der Konflikt beigelegt ist) und diese 8 Mitglieder, allerdings aus Versehen protokolliert von der Direktion des Betriebs, ohne Genehmigung des Bundesvorstandes in der Erzeugung die Arbeit sofort wiederlegen, also in einen Streit einzutreten.

Der Vorstand unserer Mitgliedschaft, der erst eingetreten konnte, als die Arbeitsunterbrechung schon erfolgt war, wurde sich sofort an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates und nach ihm an den Vorstand des Bundesvorstandes und nach ihm an den Vorstand des Bundesvorstandes, um durch eine Verhandlung mit der Direktion der Brodfabrik einen Einigung herbeizuführen; mit welchem Erfolge, darüber werden wir den Angehörigen selbst reden lassen. (Siehe Bericht der Bundesversammlung.)

Am 3. Oktober beschäftigte sich das Kartell mit der Angelegenheit und berichtigte dort der Vorsitzende Heinrich von unserer Mitgliedschaft über die Ursachen des Streits und die nach Ausbruch desselben gepflogenen Verhandlungen mit der Direktion und deren Mißerfolge.

Das Kartell beschloß, die Angelegenheit einer Vollversammlung zu unterbreiten, welche am 9. Oktober stattfand und außerordentlich stark, auch von Frauen, besucht war. Mehr als 1000 Personen waren anwesend. Nach dem „Vollwillen“ nahm dieselbe folgenden Verlauf:

Der Referent Almann-Gamburg führte etwa folgendes aus: Als Leiter der Organisation sei es für ihn kein Vergnügen, stets die Hüfte des Publikums anrufen zu müssen, wenn hier oder da die Bäder im Begriff ständen, ihre Lage zu verbessern. Es sei an sich betrübend, daß die Bäder im Allgemeinen gegenüber anderen Berufen noch so weit in der Organisation zurück seien, daß sie sich nicht selbst helfen könnten. Aber es müsse nun mal mit den Verhältnissen gerechnet werden. Den Bädern müsse erst vom Publikum plausibel gemacht werden, daß sie sich mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch zu fühlen hätten. Viel sei ja in dieser Beziehung im letzten Jahrzehnt schon geschehen. Zu größtem Danke seien die Bäder insbesondere dem Abgeordneten Bebel verpflichtet, der zuerst hineingeleuchtet habe in die Höhlen. Sein im Jahre 1889 herausgegebener Bericht über die Zustände in den Bädereien habe bahnbrechend gewirkt. Selbst die Regierung habe sich den an die Öffentlichkeit gezogenen Mißständen nicht zu entziehen vermocht, und so sei denn im Jahre 1896 die bekannte, auf § 120 der Reichs-Gewerbeordnung sich aufbauende Bundesratsverordnung erfolgt, welche die zwölfstündige Normalarbeitszeit gebracht habe. Aber trotzdem beständen noch viele Mißstände. Das Publikum möge nicht glauben, daß es in den Bädereien so nett und sauber aussehe, wie in den Schaufenstern der Bäder. Noch Vieles bedürfe der Verbesserung. Speziell auch hier in Hannover beständen noch viele Mißstände, was zum großen Theile darauf zurückzuführen sei, daß das Kleinmeisterthum es verstanden habe, den unorganisierten Bädern den Glauben an die Harmonie zu erhalten. Auch von den Behörden würde nicht überall die sonst übliche Schärfe angewendet bei den Revisionen der Bädereibetriebe. Und wenn nicht durch die Organisation die trübseligsten Mißstände aus dem Bädereibetrieb noch mandes im Dunkeln. Mit Freuden sei es auch vom Publikum begrüßt, als vor einer Reihe von Jahren sich hier einige größere Bädereibetriebe, wie die Gesellschaftsbäckerei und die hannoversche Brodfabrik aufgeschlossen hätten, denn nicht nur seien solche Betriebe leistungsfähiger, in ihnen sei auch mehr Garantie für Reinlichkeit gegeben. Aber leider habe es die hannoversche Brodfabrik nicht immer für notwendig gehalten, in ihrem Betriebe die Verhältnisse so zu gestalten, daß die dort beschäftigten Bäder hätten zufrieden sein können. Man habe die Arbeitszeit der Leute fast noch mehr angesetzt, wie in den meisten Kleinbetrieben, und der Vortheil des Großbetriebes sei hier fast lediglich den Kapitalisten bezw. der Verwaltung zu Gute gekommen. Als nun im Jahre 1900 der Betrieb einen Ueberstich von 14000 M erzielt habe und dieser Ueberstich im verfloffenen Jahre 1901 sogar auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 30000 M gestiegen sei, da hätten sich mit Recht die dort beschäftigten Bäder gefragt, daß auch sie einen Theil von diesem Ueberstich für ihre überaus anstrengende und lange Arbeitszeit beanspruchen könnten, und so sei man denn überein gekommen, eine Forderung von 21 bis 24 M Wochenlohn und die Einführung einer einjährigen Mittagspause zu stellen. Anstatt nun mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten und sich ihnen entgegenkommend zu zeigen, habe die Direktion alles rundweg abgelehnt, und bevor noch über weitere Schritte beraten sei, habe man schon am Nachmittage desselben Tages, an dem die Forderung der Bäder der Direktion unterbreitet sei, in hiesigen bürgerlichen Blättern Inserate aufgegeben, in denen Bäder gesucht worden seien. Den Bädern habe man einfach den Stuhl vor die Thür gesetzt, so daß ihnen nichts weiter übrig geblieben sei, als sich an die organisierte Arbeiterschaft um Hilfe zu wenden. Das Gewerkschaftskartell habe nach eingehender Prüfung der Sachlage die Forderung der Bäder als berechtigt anerkennen müssen und nun möge das Publikum entscheiden, ob die Forderung der Bäder am Platze war oder ob nicht die Forderung hätte bewilligt werden können und müssen. Die organisierten Arbeiter hätten schon deshalb nicht umhin können, die Sache der Bäder zu der ihrigen zu machen, weil der Herr Direktor Thoma direkt erklärt habe, mit organisierten Arbeitern und Sozialdemokraten nichts zu thun haben zu wollen, und weil verlangt sei, daß diejenigen Bäder, welche wieder eingestuft würden, aus der Organisation austreten müßten! Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß die so oft bewiesene Solidarität der Arbeiterschaft von Hannover-Linden sich auch in diesem Falle bewähren und der Appell an das Publikum nicht unjourn sein möge.

Hierauf theilte der Vorsitzende Jencks den Gang der Verhandlungen mit, die er als von den Bädern angeregter Vermittler mit der Direktion geführt hat. Von der Direktion sei nun erklärt, daß alle Plätze besetzt und daß von einer Wiederanstellung der Streikenden nicht die Rede sein könne. Auch der Vorsitzende des Ausschusses, Bankier Kahl, habe sich geäußert: „Na, wenn es bean zu einem kleinen Betrag kommen sollte, so müßte die Brodfabrik das vertragen können!“ — Auch das sei richtig, daß Direktor Thoma erklärt habe, er wolle mit Sozialdemokraten nichts zu thun haben. Eine (Jencks) weitere Vermittlung habe sich Direktor Thoma verweigert und zu den Bädern, die dann noch allein einmal den Versuch zu einer Verständigung gemacht, habe er wieder gesagt: „Wir wollen mal sehen, wer es am längsten aushält. Sie mit ihren Sozialdemokraten oder die Brodfabrik.“ So sehe also die Sache. Die Bäder seien drange und sollten nicht wieder hinein. Auf die Lohnforderungen lasse sich die Direktion nicht ein. Man habe heute eingestuft, aber wie man sich früher sehr abfällig geäußert und nun werde es, wie die Direktion gesagt, darauf ankommen, wer es am längsten aushalten könne. — Im zusammenfassenden Sinne zu den Ausführungen des Referenten und den Ausführungen des Vorsitzenden äußerte sich dann noch Hermann Walthes, Knecht und Brand, während ein Mitglied oder Heizer Hermanns, der im Betriebe der Brodfabrik beschäftigt ist, meinte, die Bäder seien es gar nicht werth, daß sie eine Vollversammlung mit der Angelegenheit befaßt. Früher hätten sie von der Organisation nichts wissen wollen und sich jetzt nur zu dem Zwecke organisiert, um ihre Forderungen durchsetzen zu können. Diese Forderungen fanden indes keinen Anklang. Einstimmig gelangte die Versammlung zur Annahme, in welcher der Verzicht auf den Vorzug der Bäder sich solidarisch erklärte und den Bädern ihre moralische Unterstützung zusagte mit der Begründung, daß die Forderung der Bäder gerechtfertigt sei.

Wie sich jetzt von Hannover berichtet wird, läßt der Betrieb auf den Umsturz des Geschäftes eine bedeutende

Wirkung aus. Der Haushaltsverein Linden (Konsumverein) hat der Brodfabrik die Lieferung entzogen. Das alles hat aber die Direktion nicht zum Nachgeben veranlaßt. Einer der Kollegen wurde gleich am ersten Tage fahnenflüchtig, ein anderer erhielt auswärts Stellung. So daß sich noch sechs Kollegen im Streit befinden, die zusammen 16 Kinder zu ernähren haben. Diese Mitglieder gehören erst ein bis drei Monate dem Verbanne an, und aus diesem Grunde, wie auch deswegen, weil der Verbandsvorsitzende ihnen in einer Sitzung vom 20. September ausdrücklich erklärte, daß der Verbandsvorstand unter den obwaltenden Umständen weder eine Lohnbewegung, noch weniger aber einen Streik gutheißen und unterstützen könne, hat der Verbandsvorstand auf Grund des Streitreglements jede Unterstützung aus der Hauptkasse verweigert. Unsere Mitgliedschaft Hannover hat sich nun in einem Zirkular an sämtliche Zahlstellen um Unterstützung gewandt, und aus menschlichen Gründen möchten wir unsere Mitglieder bitten, ihr Scherflein zur Linderung der Noth der Streikenden beizusteuern.

Bericht des Gauvorstandes Braunschweig.

Auf der vorjährigen Gaukonferenz, welche am 20. Okt. in Hildesheim stattfand, wurde Braunschweig als Vorort bestimmt. Der bisherige Gauvorsitzende N. in Hannover hielt es jedoch nicht für nötig, Kasse, Bücher und Belege an den neu gewählten Gauvorstand abzuliefern. Es bedurfte erst mehrmaliger Aufforderung und persönlicher Anwesenheit, bis er schließlich nach und nach das Gewünschte abliefern. Eine derartige Pflichtvergeßlichkeit kann gar nicht genug gerügt werden. Unter diesen Verhältnissen, aller Mittel bar, war es uns nicht möglich, sofort in die Agitation einzutreten. Der Gauvorstand wandte sich deshalb um Zuschuß an den Hauptvorstand, welcher uns auch sofort 50 M zusandte. Nun war es mittlerweile Januar geworden, als wir endlich in einer Sitzung darüber beraten konnten, wie die Agitation im Gau betrieben werden sollte.

In dieser Sitzung wurde die mündliche Agitation bevorzugt und ein Kollege, welcher arbeitslos war, beauftragt, dieselbe zu betreiben. Wenn nun auch dieser Versuch nicht den gewünschten Erfolg gehabt, so haben wir doch in einer Anzahl von Städten Verbindungen hergestellt. Eine Agitation in den Städten des Harzes, sowie in den Bädern war noch geplant, mußte aber wegen zu hoher Kosten für dieses Jahr unterbleiben. Wenn auch in anerkennenswerther Weise einige Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig, sowie die Mitgliedschaft Braunschweig selbst uns mit Geldmitteln unter der Arme gegriffen haben, so reicht dieses doch nicht aus, um das zu thun, was in der Agitation gethan werden muß.

Nun noch einiges von den Mitgliedschaften. Wir haben nicht nur die Mitglieder erhalten, sondern sämtliche Zahlstellen weisen eine Zunahme der Mitgliederzahl auf. Der Werth der Mitgliedschaften kann ich einen kleinen Vorwurf nicht ersparen, mit Ausnahme von Hildesheim wurden die Berichtsformulare sehr mangelhaft ausgefüllt, sodaß man unmöglich ein Bild von der Entwicklung und inneren Einrichtung der Mitgliedschaft gewinnen kann. Hoffentlich wird dieser Hinweis genügen, um etwas mehr Pünktlichkeit und Mühe walten zu lassen.

Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in drei Sitzungen. Drei Agitationsversammlungen fanden statt in Helmstedt und Hildesheim. Die Korrespondenz belief sich an Ausgängen auf 37 Briefe, 9 Postkarten, 45 Drucksachen. Eingegangen sind 31 Briefe, 9 Postkarten und 5 Postanweisungen. An Beiträgen à 1/2 M sind insgesamt abgeliefert 2796, die folgender Reichenschaftsbericht (vom 20. Oktober 1901 bis 1. Oktober 1902) aufführt:

Einnahmen.	
Zuschuß von der Hauptkasse	50.— M
Braunschweig	1659 Beiträge = 24.88 M
Hannover	741 „ = 11.13 „
Hildesheim	396 „ = 5.95 „
Von Kempf zurückgezahlt	36.26 „
Freiwillige Beiträge	19.60 „
Summa 2796 Beiträge	= 147.82 M
Ausgaben.	
Für Porto	9.05 M
Schreibmaterial	2.16 „
Drucksachen	2.— „
Fahrtgelder	27.20 „
Diäten	28.90 „
persönliche Entschädigungen	17.54 „
Sonstige Ausgaben	1.— „
Summa	87.85 M

Bilanz.	
Gesamt-Einnahmen	147.82 M
Gesamt-Ausgaben	87.85 „
Bestand	59.97 M

Braunschweig, den 13. Oktober 1902.
Der Gau-Vorstand.
J. A. Ferd. Schreiber, Vorsitzender.

Bericht des Gauvorstandes für den 6. Gau (Sachsen und Thüringen).

In nachfolgenden Zeilen bringen wir den Bericht unserer Thätigkeit für das verfloffene Jahr. Im vorigen Jahr auf der Konferenz konnte man schon der Hoffnung Ausdruck geben, daß alle Mitgliedschaften nach innen und außen gefestigt dastehen, sodaß an ein Verlorengehen nicht mehr gedacht werden brauchte. Die Kommission glaubte deshalb, in diesem Jahre mehr ihr Augenmerk auf Erringung neuer Positionen zu setzen. Es erschienen uns deshalb im Jahre die Mitgliedschaften Gotha, Altenburg, Grimmitzschau und Rudolstadt i. Thür., ebenso dürfte in Kürze die Konstituierung einer solchen in Apolda erfolgen. Auch wurden Einzelzahler in Weimar wieder- und solche in Leisnig i. S. und Reichensbach i. B. neu gewonnen. Obwohl einige Orte, wie Zittau, Döbeln, Weißenfels und Naumburg, zu den besten Hoffnungen Anlaß gaben, so entsprachen sie doch nicht den an sie gestellten Erwartungen. Wir sind in ständiger Fühlung mit den Orten geblieben und dürfte uns es doch noch gelingen, dort Fuß zu fassen. In den Orten Zwidau, Glauchau, Greiz i. V., Ehrenach, Mühlhausen und Coburg haben wir neue Verbindungen mit Vertrauenspersonen angeknüpft, wo sich uns vielleicht in Kürze Gelegenheit bietet, einen Versuch zum Zwecke der Organisation unserer dortigen Kollegen zu machen. Einer schon öfter gemachten Anregung zufolge versuchte der Gauvorstand Verbandsmitglieder nach solchen Orten zu dirigieren, wo es äußerst schwer hielt, Fuß zu fassen. Es muß nun aber auch an dieser Stelle gesagt sein, daß trotz aller Bemühungen des Gauvorstandes zum ruhigen und besonnenen Agitieren, von den Kollegen eine vollständig verkehrte Taktik eingeschlagen wurde, die uns dann mehr Schaden als Nutzen brachte. Die betreffenden Kollegen gehen in der Regel, so anerkennenswerth ja ihre Thätigkeit auch sein mag, mit Selbst-

